



# Nachhaltigkeit als Richtschnur kommunalen Handelns

Handlungsempfehlungen zur Wahlperiode 2014–2020

16. Mai 2014

# Nachhaltigkeit als Richtschnur kommunalen Handelns // Handlungsempfehlungen zur Wahlperiode 2014–2020

Am 25. Mai 2014 finden Kommunalwahlen statt. Die Kölner Bürgerinnen und Bürger sind aufgerufen, einen neuen Rat für die Periode 2014 bis 2020 zu wählen.

KölnAgenda e.V. stellt Handlungsempfehlungen für Rat und Verwaltung vor, damit die interessierte Öffentlichkeit sich ihr eigenes Urteil über die politischen Schwerpunkte der nächsten Wahlperiode bilden kann.

Wir wollen damit einen politischen Diskurs von Zivilgesellschaft, Rat und Verwaltung über die kommunalpolitische Nachhaltigkeitsstrategie der neuen Ratsperiode anschieben.

## Nachhaltigkeit als unverzichtbare kommunale Aufgabe

Nachhaltigkeit muss eine Kölner Marke sein.

Nachhaltigkeit bedeutet Verantwortung und Gerechtigkeit für zukünftige Generationen, Geschlechtergerechtigkeit und globale Gerechtigkeit. Daher bekennt sich Köln zur Nachhaltigkeit als verbindliche Norm kommunalen Handelns, wie es auch Artikel 20a des Grundgesetzes fordert.

### 1. Köln auf Nachhaltigkeitskurs bringen

Der Rat hat mit dem gemeinsamen Beschluss „Konzept für Nachhaltigkeit in Köln“ vom 07.04.2011 die Richtung vorgegeben, während die Verwaltung bisher zu wenig zur Umsetzung des Beschlusses unternommen hat. Damit Köln konsequent auf Nachhaltigkeitskurs geht, empfehlen wir:

- Der Rat wird unmittelbar nach der Wahl die Umsetzung dieses Beschlusses anmahnen und dazu einen gemeinsamen Beschluss fassen.
- Der Oberbürgermeister macht „Nachhaltigkeit zur Chefsache“, was er mit dem Beitritt zum Oberbürgermeister-Dialog „Nachhaltige Stadt“ beim „Rat für Nachhaltige Entwicklung“ im August 2011 und deren Erklärung zu den „Strategischen Eckpunkten für eine nachhaltige Entwicklung in Kommunen“ zum Ausdruck gebracht hat.
- Nachhaltigkeitsindikatoren, Nachhaltigkeitsberichterstattung und Monitoring von Fachkonzepten unter Nachhaltigkeitskriterien werden zum festen Bestandteil kommunalen Handelns, wofür entsprechende Ressourcen zur Verfügung zu stellen sind.
- Ein Nachhaltigkeitsrat aus Vertretern der Kölner Zivilgesellschaft und Kölner Persönlichkeiten wird eingerichtet, der den Kölner Nachhaltigkeitskurs vorantreiben und kritisch begleiten soll.

## 2. Partizipation ausbauen

Köln hat in den letzten Ratsperioden wichtige Schritte zur direkten Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern getan. Diesen Prozess gilt es fortzusetzen:

- Bürgerinnen und Bürger sind zukünftig an der Auswahl und Prioritätensetzung von größeren Planungen und Vorhaben zu beteiligen. Dafür sind geeignete Instrumente, wie die E-Partizipation, zu nutzen und weiter auszubauen. Themenbereiche wie Grünentwicklung, Sauberkeit in der Stadt, Kundenzufriedenheit bei der KVB sollen einbezogen werden.
- Zu den neuen Wegen der Partizipation zählt der Bürgerhaushalt. Die für den Bürgerhaushalt 2014 vorgesehene bezirksorientierte Vorschlagsliste wird als Ergänzung zu den bisherigen stadtweiten Vorschlägen eingeführt. Die zeitnahe und transparente Umsetzung der besten Vorschläge ist mit einer entsprechenden finanziellen Ausstattung sicherzustellen. Das Verfahren ist kontinuierlich weiterzuentwickeln.
- Wir fordern bürgerschaftliche Aktivitäten, insbesondere den „Tag des guten Lebens“, zu einer festen Einrichtung in Köln zu machen und entsprechend mit städtischen Ressourcen zu unterstützen.
- Wir möchten die Stadtbezirke stärken, mehr Verantwortung und Zuständigkeit in die Bezirksrathäuser verlagern und die Rechte der Bezirksvertretungen stärken. Schrittweise sind auch in den Stadtteilen Bürgerbüros einzurichten, wo Menschen erste Beratung und Informationen erhalten.

Der Rat hat am 17.12.13 die Verwaltung beauftragt, auf der Grundlage der „Thesen zur Weiterentwicklung lokaler Demokratie“ des deutschen Städtetags Empfehlungen für einen Kölner Weg zum Ausbau und zur Verbesserung der Beteiligungskultur vorzulegen. Die Entwicklung des Kölner Wegs kann nur in einem gemeinsamen Prozess mit der Zivilgesellschaft erarbeitet werden, wozu das Positionspapier von „Köln mitgestalten – Netzwerk für Beteiligungskultur“ die Grundlage liefert. Darüber hinaus fordern wir:

- Die informelle und formale Bürgerbeteiligung soll in einer Fachdienststelle gebündelt und mit entsprechendem Personal ausgestattet werden. Die dauerhafte Einrichtung einer Stelle im Büro des OB wird von uns begrüßt.
- Eine Koordinierungsstelle für Beteiligungskultur als Zentrum für Bürgerbeteiligung der Zivilgesellschaft ist aufzubauen.
- Die Kommunalstelle zur Förderung und Anerkennung bürgerschaftlichen Engagements (FABE) im Amt des OB zur Förderung des Bürgerengagements ist zu stärken.

### 3. Geschlechtergerechtigkeit etablieren

Die Stadt Köln hat 2011 die Europäische Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf kommunaler und regionaler Ebene unterzeichnet und einen ersten Aktionsplan angekündigt. Reale Gleichstellung ist der Schlüssel für wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Erfolg und die Voraussetzung für nachhaltige Stadtentwicklung. Deshalb betont die Charta die besondere Bedeutung von Gender Mainstreaming und Gender Budgeting.

Die Programme des angekündigten Aktionsplans müssen mit den Finanzmitteln und Humanressourcen ausgestattet werden, die für die Umsetzung erforderlich sind. Ihre Wirkung ist durch statistische Kennzahlen zu dokumentieren.

### 4. Kommunale Entwicklungszusammenarbeit intensivieren

Die Kommune muss globale Verantwortung ernst nehmen. Die Entwicklung und Umsetzung lokaler Lösungsstrategien zu globalen Fragen ist Aufgabe der Kommune. Insbesondere Themen wie die Stärkung der kommunalen Partnerschaften, Migration und Entwicklung, fairer Handel sowie faire öffentliche Beschaffung gehören in den Fokus einer zukunftsorientierten und verantwortungsbewussten Kommune. Das vom Rat am 18.12.2008 beschlossene Aktionsprogramm zur Umsetzung der Millenniumsziele konnte bislang wegen der fehlenden Finanzmittel nur ansatzweise realisiert werden. Wir empfehlen dem Rat, nach der Kommunalwahl einen aktuellen Bericht zur kommunalen Entwicklungszusammenarbeit anzufordern und im Rahmen einer Fortschreibung des Aktionsprogramms eine Prioritätenliste von Maßnahmen zu erstellen, die bis 2020 finanziert und realisiert werden sollen. Wir halten es für erforderlich, die Ressourcen für die kommunale Entwicklungszusammenarbeit personell und sachlich aufzustocken. Ziel ist ein Anteil von 0,5 Prozent des Haushalts.

### 5. Ökofaire Beschaffung auf den Weg bringen

Der Rat der Stadt Köln hat am 18.12.2008 beschlossen, die Erreichung der Millennium-Entwicklungsziele (Millennium Development Goals) durch ein Aktionsprogramm zu unterstützen. Als eine Maßnahme (Nummer 14) wurde dabei die Einführung eines fairen Beschaffungswesens in der Kölner Verwaltung und stadtnahen Einrichtungen beschlossen.

Mit dem Ende 2014 vorliegenden Bericht zur Umsetzung des Ratsbeschlusses „Faire Vergabe – Auftragsvergaben nach sozialen und ökologischen Kriterien“ (25.09.2008) wird die bisherige Vergabepaxis überprüft und mittels zusätzlicher Kriterien oder Produktgruppen weiterentwickelt.

Wir fordern, dass im Zentralen Vergabeamt eine Fachstelle eingerichtet wird, die in Kooperation mit der Landesstelle Newtrade die ökofaire Beschaffung voranbringt und die Fachämter entsprechend unterstützt.

### 6. Klimaschutz effizient voranbringen

Die Stadt Köln hat sich seit 1993 mehrfach anspruchsvolle Klimaschutzziele gesetzt. Hauptziel ist die Halbierung der gesamtstädtischen CO<sub>2</sub>-Emissionen von 1990 bis zum Jahr 2030. Das Anfang 2012 veröffentlichte Integrierte Klimaschutzkonzept Energie (IKSK Energie) zeigt, dass bis 2008 beim Energieverbrauch und beim Verkehr rund 15 Prozent CO<sub>2</sub> eingespart wurden.

Um die angestrebte Halbierung der Treibhausgase zu erreichen, muss Köln vor allem seine wirtschaftlichen Energieeinsparpotenziale erschließen. Für den so reduzierten Energieverbrauch ist schrittweise eine CO<sub>2</sub>-arme Energieversorgung aus hocheffizienter Kraft-Wärme-Kopplung und

erneuerbaren Energien aufzubauen.

Bei der städtischen Mobilität gelingt die Halbierung nur mit einem massiven Ausbau des Umweltverbundes.

Klimaschutzmaßnahmen mit dem je Euro größten Klimaschutzeffekt sind vorrangig anzugehen. Wie beim IKSK Energie vorgesehen, sind Aufwand und Nutzen aller Handlungsoptionen zu quantifizieren.

Das im April 2014 verabschiedete Maßnahmenprogramm (Integriertes Klimaschutzkonzept Köln 2014) verzichtet jedoch auf diese quantitative Bewertung der Maßnahmeneffekte. Die Beschlussvorlage ist zudem ähnlich unverbindlich formuliert wie das Ende 2011 beschlossene Sofortmaßnahmenprogramm, das zum größten Teil noch nicht umgesetzt wurde.

Damit Köln seine Klimaschutzverpflichtungen erfüllen kann, bedarf es einer deutlich engagierteren Vorbildfunktion der Stadt und eines effizienzbasierten Maßnahmenprogramms, mit dem die bis 2030 noch ausstehenden fast fünf Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>-Minderung in nachvollziehbaren Teilschritten erreicht werden können.

Die konsequente Umsetzung der im IKSK Energie beschriebenen „unabdingbaren Voraussetzungen“, wie die Einrichtung eines Zentrums für Energieeffizienz, sowie die Umsetzung der Maßnahmenvorschläge mit der besten „Nutzen-Aufwand-Relation“ ist unverzichtbar.

## 7. Stadtentwicklung nachhaltig ausrichten

Die strategische Stadtentwicklung muss eindeutig an dem übergeordneten Ziel der Nachhaltigkeit ausgerichtet werden. Dazu brauchen wir einen breiten Bürgerdialog. Die nachfolgenden Ziele der Stadtentwicklung sind wichtige Themen dieser Diskussion:

- Die Veedel lebenswert gestalten und die schwachen Viertel stärken.
- Mobilität für alle als eine Grundlage von Lebensqualität ermöglichen.
- Die Teilhabe von Menschen aus benachteiligten Bevölkerungsgruppen stärken.
- Den Flächenverbrauch deutlich senken, vor allem keine großflächige Bebauung von Freiflächen im Außenbereich zulassen.
- Grüne urbane Lebensräume, Grünachsen und Freiluftschneisen sind zu sichern und zu erweitern.
- Wohnraum in ausreichender, vielfältiger und finanzierbarer Form bereitstellen.

Wichtige Elemente zur Umsetzung dieser Ziele:

- Um den Flächenverbrauch dauerhaft und spürbar zu senken, ist ein nachhaltiges kommunales Flächenmanagement erforderlich.
- Im Rahmen einer Nachhaltigkeitsstrategie sind Maßnahmen der Stadtreparatur (z. B. Brücken) neuen (Groß-)Investitionen vorzuziehen.
- Die Stadtviertel dürfen bei Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensqualität, der Infrastruktur und des Wohnumfelds nicht zurückstehen gegenüber teuren Investitionen zur Attraktivitätssteigerung der City.
- Bürgerprojekte wie urban Gardening sind ein wesentlicher Beitrag zur Belebung der Stadtteile und zur Mitwirkung der Einwohner an einer attraktiven Stadtgestaltung. Derartige Aktivitäten zur Gestaltung der Viertel sind durch eine zentrale Anlaufstelle in der Verwaltung zu fördern und zu unterstützen.

- Die Schaffung von ausreichend preiswertem und aus öffentlichen Mitteln gefördertem Wohnungsbau in Köln muss eine der großen Prioritäten der Kommunalpolitik sein:
  - Dabei ist besonders die Mobilisierung von Flächen für den Mietwohnungsbau, vorzugsweise im Innenbereich, anzugehen.
  - Die notwendige energetische Modernisierung im Bestand ist sozialverträglich umzusetzen.
  - Altersgerechtes und barrierefreies Wohnen ist auszubauen.
  - Mehrgenerationenprojekte, Baugemeinschaften und andere kooperative Formen sind zu fördern und bei städtischen Grundstücken zu bevorzugen.

## 8. Mobilität nachhaltig gestalten

Das Leitbild der autogerechten Stadt prägt noch in hohem Maße die Verkehrsinfrastruktur und den öffentlichen Raum in Köln. Ein nachhaltiges Mobilitätskonzept muss die negativen Auswirkungen des Verkehrs deutlich reduzieren und Mobilität für alle als Grundlage für Lebensqualität und aktive Teilhabe am Stadtleben gewährleisten. Die Kölnerinnen und Kölner sind immer mehr mit ÖPNV, Fahrrad und Carsharing unterwegs – diese positive Entwicklung ist mit guten Angeboten zu stärken.

Wir empfehlen deshalb:

- Das Gesamtverkehrskonzept Kölns stammt aus dem Jahr 1992 und ein Ersatz steht an. Die Entwicklung und die Inhalte sollen sich am EU-Konzept des Sustainable Urban Mobility Planning (SUMP) orientieren. Dazu gehört auch eine gerechtere Verteilung der (Verkehrs-)Flächen zugunsten des Umweltverbundes, die mit Parkraumbewirtschaftung in den verdichteten Stadtteilen und einer mittelfristigen Reduktion von KFZ-Stellplätzen im öffentlichen Raum einhergeht.
- Die Stadtverwaltung soll ein lokales Programm zur Nahmobilität entwickeln auf der Grundlage des Aktionsplans der Landesregierung zur Förderung der Nahmobilität von 2012. Die Mobilität mit Fahrrad und zu Fuß im und zwischen den Vierteln muss stärker in den Fokus gerückt werden. Dies stärkt auch die (Nah-)Bereichszentren.
- Zu Fuß gehen ist die natürlichste Art der Bewegung, findet aber wenig Beachtung. Daher sind die Entwicklung einer Fußverkehrsstrategie und die Einsetzung eines Fußgängerbeauftragten notwendig. Die Mindestbreite von Fußwegen ist sicherzustellen. Der Fußverkehr hat Vorrang vor anderen Nutzungen (Parken, Einbauten, Gastronomie etc.).
- Das sehr große Potenzial von Fahrrad und Pedelec hat das Klimaschutzgutachten nochmals unterstrichen. Um dies erfolgreich auszuschöpfen, sind ausreichende Personal- und Finanzressourcen bereitzustellen. Ein attraktives Haupttroutennetz inklusive Rad-schnellwegen ist zügig zu realisieren. Der Einsatz von Lastenrädern soll gefördert werden.
- Der Ausbau der Kapazitäten im ÖPNV ist dringend nötig. Bestehende Planungen im Schienenverkehr (u. a. Ausbau Bahnknoten Köln, S-Bahn) sind zu forcieren. Ebenso sind schneller zu realisierende Maßnahmen, wie leistungsfähige Schnellbuslinien zur Entlastung überlasteter Stadtbahnlinien, zu verwirklichen.
- Mobilitätsmanagement ist als wichtige Aufgabe der Stadt zu etablieren. Dazu gehören u. a. die Förderung des Mobilitätsmanagements in Betrieben, Informationen und Angebote für Neubürger sowie Mobilitätsbildung an Schulen, wobei die Expertise beim VRS genutzt wird.
- Für eine nachhaltige Mobilität ist die Kooperation und Abstimmung mit der Region notwendig und auszubauen.

## 9. Soziale Stadtgesellschaft: Investieren in soziale Nachhaltigkeit, Arbeit und Bildung

Kommunale Handlungsfelder müssen dem Grundsatz der sozialen Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit entsprechen. Das soziale Gleichgewicht in der Stadt muss ausgeglichen, Benachteiligungen müssen erkannt und schrittweise überwunden werden.

Wir empfehlen:

- Das Programm „Lebenswerte Veedel – Bürger- und Sozialraumorientierung“ ist im gleichen Umfang weiterzuführen.
- Das „Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft“ von 2011 muss wie geplant fortgesetzt werden. Die Mittelkürzung für das kommunale Integrationszentrum muss korrigiert werden.
- Die kommunale Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik muss auf Nachhaltigkeit ausgerichtet sein und vorrangig der Schaffung und Stärkung dauerhafter und hochwertiger Arbeitsplätze dienen. Das Leitbild Köln 2020 hat dafür das Ziel genannt, dass „in Köln jeder Mensch die Möglichkeit hat, eine existenzsichernde Beschäftigung auszuüben“.
- Köln ist eine Stadt der Bildung. Kein Kölner Kind soll in der Schule zurückbleiben. Die Stadt wirbt insbesondere bei Familien mit Migrationshintergrund für die Bedeutung von qualifizierten schulischen Abschlüssen ihrer Kinder. Dazu führt sie eine Bildungskampagne durch, um die Anteile von Kindern mit Migrationshintergrund an qualifizierten Bildungsabschlüssen deutlich zu erhöhen.

## 10. Städtische Finanzen nachhaltig machen

Die Stadt Köln hat eine unzureichende Finanzausstattung, um ihre Aufgaben zu erfüllen. Ein wichtiger Grund ist die Übertragung zusätzlicher Aufgaben durch Bund und Land. Wir unterstützen die Forderung von Rat und Verwaltung, dass der Grundsatz der Konnexität, „Wer bestellt, bezahlt“, eingehalten wird. Bund und Land sollen darüber hinaus Richtlinien und Förderbestimmungen für kommunale Projekte und Finanzausweisungen stärker an der Richtschnur der Nachhaltigkeit anpassen.

Wir sehen die Notwendigkeit einer fiskalischen Nachhaltigkeit. Finanzielle Ressourcen müssen genauso wie ökologische Ressourcen berücksichtigt werden. Einen ausgeglichenen Haushalt und Schuldenabbau herzustellen ist zwar eine zentrale Herausforderung von nachhaltiger Kommunalpolitik. Sie ist aber erst wirksam im Gesamtkomplex einer Nachhaltigkeitsstrategie, zu der gleichermaßen Investitionen zugunsten heutiger und zukünftiger Generationen in Bildung, Mobilität, Stadtentwicklung und sozialer Nachhaltigkeit gehören. Es muss Teil einer nachhaltigen Strategie bleiben, auch die Einnahmen zu steigern. Wir wissen, dass das bei Steuern und Gebühren mit dem nötigen Augenmaß erfolgen muss.

Städtischen Gesellschaften, die zur Daseinsvorsorge erforderlich sind, müssen in kommunaler Hand bleiben.

Ein von der Kämmerin 2011 für die städtischen Finanzen angekündigtes „Monitoring durch die Stadtgesellschaft“ etwa durch ein produktorientiertes Indikatorensystem muss installiert werden. Wir erwarten, dass bei Beschaffungen, Bau- und Investitionsvorhaben nicht nur die Anschaffungs- und Investitionskosten, sondern auch die Kosten des Lebenszyklus aufgezeigt und berücksichtigt werden.

KölnAgenda e.V.

Stand 16. Mai 2014

KölnAgenda e.V. // Volksgartenstr. 34 // 50677 Köln // [www.koelnagenda.de](http://www.koelnagenda.de) // [buer@koelnagenda.de](mailto:buer@koelnagenda.de) // [www.facebook.com/koelnagenda](https://www.facebook.com/koelnagenda)